

Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Christa Steiger, Diana Stachowitz, Karin Pranghofer, Johanna Werner-Muggendorfer SPD**

In der Krise nachhaltig handeln Ausbildung und Qualifizierung stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert:

1. Ein Maßnahmenpaket vorzulegen, welches Jugendliche stärkt und für die Arbeitswelt qualifiziert. Dieses Paket muss mindestens folgende Maßnahmen umfassen:
 - in Abstimmung mit Programmen der Bundesagentur für Arbeit dafür zu sorgen, dass jeder Jugendliche am Ende seiner Schulzeit ein entsprechendes Angebot zum beruflichen Einstieg erhält
 - ein flächendeckendes Angebot an Berufsfachschulen bereitzustellen
 - neue Ausbildungsrichtungen an Berufsfachschulen konzeptionell zu entwickeln und anzubieten
 - das Angebot „Werkstattjahr“ in Abstimmung mit den Trägern bedarfsgerecht auszustatten
 - das schulische Angebot zur Weiterqualifizierung u.a. an Fachoberschulen, Berufsoberschulen, Abendrealschulen und Gymnasien, Kollegs und Fachakademien massiv auszubauen
 - in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen, den ARGen bzw. Optionskommunen die Nachholung von Schulabschlüssen zu ermöglichen
 - bei den angekündigten Liquiditätshilfen für mittelständische Unternehmen darauf zu achten, dass bestehende Ausbildungsverträge auch erfüllt werden.
2. Aus- und Weiterbildung jetzt verstärken, um damit dem Fachkräftemangel der Zukunft gegenzusteuern. Dazu sind vordringlich folgende Initiativen zu ergreifen:
 - Verbesserung der Qualifikation durch berufliche Weiterbildung. Die Staatsregierung kann hierbei unterstützend tätig werden durch:

- den Aufbau einer Weiterbildungsdatenbank, die alle regionalen Angebote umfasst
 - finanzielle Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen für Erwachsene, insbesondere für An- und Ungelernte
 - Unterstützung der Träger von Weiterbildungsmaßnahmen bei der Konzeption und Umsetzung neuer Angebote.
3. die Aus- und Weiterbildungskapazitäten in der Krankenpflege und Altenhilfe in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern auszubauen:
 - Unverzüglich zur Finanzierung der Altenpflegeausbildung die Umlagefinanzierung einzuführen, damit Einrichtungen, die ausbilden, finanziell entlastet werden.
 4. Die Mittel aus dem europäischen Sozialfonds transparent und zielgerichtet einsetzen. Die bisher daraus finanzierten Arbeitsprojekte müssen erhalten bleiben.

Begründung:

Die derzeitige weltweite Rezession wird auch Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation in Bayern haben. Das IAB geht von einer Zunahme der Arbeitslosenzahlen im Laufe des Jahres 2009 auf 3,3 Mio. aus. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt in den letzten Jahren war vor allem von der guten Konjunktur getragen. Die Konjunkturprogramme des Bund und des Landes sollen die Arbeitsplätze erhalten und stützen und damit hohe Arbeitslosigkeit verhindern.

Darüber hinaus sind Maßnahmen zu entwickeln die durch Aus-, Weiter- und Fortbildung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer qualifizieren.

Alle arbeitsmarktpolitischen Untersuchungen zeigen auf, dass gerade Langzeitarbeitslose auch bei einer anziehenden Konjunktur nur mit besonderer Anstrengung eine neue Beschäftigung finden. Insbesondere gilt dieser Zusammenhang bei Jugendlichen bzw. Schulabgängern ohne Bildungsabschluss.

Wir fordern die Betriebe auf, alle Ausbildungsverhältnisse fortzuführen und gerade angesichts des künftigen Facharbeitermangels verstärkt auszubilden.

Angesichts der demografischen Entwicklung werden künftig mehr Menschen ambulante und stationäre Pflege benötigen. Dieser zusätzliche Bedarf an qualifiziertem Pflegepersonal ist durch die gerechte Finanzierung der Ausbildung zu decken.